



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

12

Dezember 2020 / 54. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Besinnliche Feiertage

Seite 5 <

Kampagne der
Deutschen Polizei-
gewerkschaft (DPoIG)

**Wertschätzung und
Respekt für die Polizei**

Seite 20 <

Fachteil:

– „Gaffer“, ein polizei-
liches Problem nebst
Lösungsansatz aus
der Sicht eines
Einsatzbeamten

WERTSCHÄTZUNG

**will ich
sehen!**

Wer von Wertschätzung spricht,
muss bereit sein, sie nicht zu geben.
Gerichte, Einkommen, angemessene
Arbeitsbedingungen, Verdienste,
Anerkennung und echte Solidarität
gehören dazu.



www.dpogew.de
<https://www.facebook.com/dpogewerkschaft>

114

© 2020



Der Landesvorstand der DPoIG wünscht Euch ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein neues, erfolgreiches und gesundes Jahr 2021.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die über die Feiertage Dienst verrichten müssen, wünschen wir einen ruhigen Dienst und dass dennoch Zeit bleibt, gemeinsame Stunden mit Freunden und der Familie verbringen zu können.

Euer Landesvorstand

Niemand weiß, was wird noch kommen, darum sollten wir besonnen vorwärts schauen und bedenken, dass das, was wir zur Weihnacht schenken, nur ein Ausdruck der Liebe ist, wobei dabei man oft vergisst: Es kommt besonders darauf an, dass man mit Liebe schenken kann.

Unbekannter Autor

Personalratswahl 2020

Wir sagen Danke

DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT

Foto: pixabay.com

Wolfgang – wir sagen Danke!

Am 16. Oktober 2020 beendete unser Ehrenvorsitzender und ehemaliger Vorsitzender des Stufenpersonalrats der PI Magdeburg, Wolfgang Ladebeck, mit seinem letzten Arbeitstag in der Polizei unseres Landes seinen Dienst. Dabei blickte er auf ein langes Berufsleben als Polizist und auch auf eine engagierte Tätigkeit als Personalvertreter und Gewerkschafter der DPoIG zurück.

Mehr als ein Grund, sich herzlich zu bedanken und ihn zu besuchen. So trafen sich die Mitglieder des Vorstandes der DPoIG, Norman Kubbe, Anja Ackermann, Michael Scheel und Olaf Sendel, auf seiner Dienststelle und dankten Wolfgang persönlich für sein engagiertes Wirken.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde mit zahlreichen Weggefährten verschiedener Verwendungen ließ Wolfgang seinen Werdegang Revue passieren. So ging sein Weg vom VPKA Schönebeck über die Bezirksregierung Magdeburg zum Revier Magdeburg-Mitte

zur PI Magdeburg. Nach einer kurzen Rede und Urkundenverlesung durch den Behördenleiter dankte Stefan Perlbach als Vorsitzender des Stufenpersonalrats mit dem Team der Mitglieder des Stufenpersonalrats der PI Magdeburg mit ansprechenden, wertschätzenden Worten.

Für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir vor allem Gesundheit, Glück, viele schöne Momente, persönliches Wohlergehen und Zufriedenheit!

Besonders danken wir Wolfgang für sein rücksichtsvolles, unterstützendes und beraten-

des Begleiten des neuen Vorstandes nach dem Führungswechsel in der DPoIG unseres Landes und der Vorbereitung der Personalratswahlen.

Natürlich geht Wolfgang nicht wirklich vollständig in einen Ruhestand. Als Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt kümmert er sich weiter um die Geschäftsführung im dbb. Hierzu wünschen wir Wolfgang stets eine gute Hand! Auch ist Wolfgang als Mitglied der DPoIG unseres Landes nicht ganz aus der Welt. So ist er als „Senior“



© DPoIG (2)

auch im Team der Senioren der DPoIG.

In aufrichtiger Verbundenheit

DPoIG Sachsen-Anhalt



Offener Brief

DPoIG fordert eine Gleichbehandlung mit der Bundespolizei durch eine Corona-Sonderzahlung in Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr
Ministerpräsident Dr. Haseloff,
sehr geehrter Herr
Innenminister Stahlknecht,
sehr geehrter Herr
Finanzminister Richter,
sehr geehrte Damen und
Herren Abgeordnete des Land-
tages von Sachsen-Anhalt,

seit Monaten arbeiten die Polizei-
beschäftigten in Sachsen-
Anhalt unter Corona-Beding-
ungen und müssen dabei
besondere Aufgaben bewälti-
gen. Die Gesundheitsgefahren
sind deshalb erheblich. Wäh-
rend manche Behörden oder
Schulen schließen, müssen Poli-
zei und Feuerwehr, wie auch
andere systemrelevante Berei-
che, unter erhöhten psychi-
schen wie auch physischen Be-
lastungen mehr als nur 100
Prozent Leistung bringen. In
der Polizei kämpfen wir darü-
ber hinaus mit massiven Perso-
nalproblemen, dies schon lan-
ge vor der Corona-Krise. So
kann faktisch in keinem Poli-
zeirevier unseres Landes die
volle Anzahl der rund um die

Uhr zu besetzenden Funkstrei-
fenwagen personell bestückt
werden. Dieser über Jahre hin-
weg andauernde sicherheits-
politisch bedenkliche IST-Zu-
stand bedeutet tagtäglich
nichts anderes als eine Mehr-
belastung der polizeilichen Ein-
satzkräfte! Die Personalaus-
fälle durch Quarantäne und
Corona-Infektionen in den ei-
genen Reihen vergrößern die
Belastungen bis fast ins Uner-
trägliche. Die Polizei ist am Li-
mit und hat wahrlich nicht nur
Beifall, sondern auch eine Co-
rona-Sonderzahlung verdient.

Die Deutschen Polizeigewerk-
schaft Sachsen-Anhalt fordert
deshalb, auch für die Polizei-
beschäftigten in Sachsen-Anhalt
und vergleichbare Bereiche, wie
beispielsweise in den Berufsfeu-
erwehren, eine Corona-Sonder-
zulage zu zahlen. Eine solche fi-
nanzielle Anerkennung ist mehr
als verdient. Alleine durch den
innerhalb der Polizei nicht abge-
bauten Beförderungstau spart
die Landespolitik auf Kosten der
Polizisten jährlich mehrere Milli-
onen Euro ein.

Die Bundesregierung macht es
vor, wie man denjenigen, die
den Karren ziehen und teilwei-
se weit über der Belastungs-
grenze und höchsten Gesund-
heitsgefahren arbeiten, die
entsprechende Wertschätzung
entgegenbringt.

Polizeibeamte erhalten bis zum
Dienstgrad Polizeiobermeister
600 Euro. Polizeibeamte mit
dem Dienstgrad Polizeihaupt-
meister, Polizeikommissar, Poli-
zeioberkommissar und Polizei-
hauptkommissar erhalten 400

Euro. Höhere Dienstgrade er-
halten 300 Euro Einmalzahlung.
Polizeianwärter, die im Übrigen
teilweise voll mitgearbeitet ha-
ben oder sonst in der gesamten
Ausbildung massiv von der Pan-
demie betroffen waren, erhal-
ten 200 Euro. Tarifbeschäftigte
der Bundespolizei erhalten je
nach Entgeltstufe ähnlich ge-
stapelte Zahlungen. Das ist
Wertschätzung, die ankommt.
Vom Beifall alleine können sich
die Polizeibeschäftigten in
Sachsen-Anhalt nichts kaufen.

Wir fordern alle Magdeburger
Landtagsfraktionen, Herrn Mini-
sterpräsident Dr. Haseloff (CDU)
und insbesondere die dafür zu-
ständigen Innenminister Stahl-
knecht (CDU) und Finanzminister
Richter (CDU) dazu auf, die erfor-
derlichen Schritte einzuleiten,
damit die Polizeibeschäftigten,
unabhängig davon, ob diese Poli-
zeivollzugsbeamte, Verwaltungs-
beamte oder Tarifbeschäftigte
sind, eine Corona-Sonderzahlung
wie die Beschäftigten der Bun-
despolizei erhalten können. ■

Impressum:

Redaktion:
Veit Richter (v. i. S. d. P.)
pressestelle@dpolg-st.de
Tel.: 0391.5067492
Fax: 03222.3147300

Landesgeschäftsstelle:
Deutsche Polizeigewerkschaft
im dbb – Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.
Schleifufer 12
39104 Magdeburg
Tel.: 0391.5067492
Fax: 03222.3147300

www.dpolg-st.de
info@dpolg-st.de
ISSN 0945-0521

STEUER RING
Wir machen Ihre Steuererklärung

Meine Steuererklärung lasse ich machen.

FAIRER PREIS. SCHNELLE HILFE. ENGAGIERTE BERATER.

Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring
Deutschland e.V. (Lohnsteuerhilfverein)

**Beratungsstellenleiter
Daniel Nowak**

Tie 17 | 06449 Aschersleben
03473 – 22 65 733
buero-aspersleben@stueerring.de

➔ **www.stueerring.de**

Wir erstellen Ihre Steuererklärung – für Mitglieder, nur bei Arbeitseinkommen, Renten und Pensionen.

Landtagswahl 2021 in Sachsen-Anhalt – Antworten der Politik

Beabsichtigen Sie, für die Bediensteten der Landespolizei wieder ein „echtes Weihnachtsgeld“ der ursprünglichen Höhe einzuführen, wenn ja ab wann und welche konkreten Schritte haben Sie dahingehend bereits unternommen beziehungsweise werden Sie veranlassen?



Seitens der CDU erreichte uns keine Antwort, Gründe hierfür sind nicht bekannt.



Im Wahlkampf zur Landtagswahl 2016 hatte ein politischer Mitbewerber der SPD die vollständige Wiederherstellung des Weihnachtsgeldes schon im Wahljahr 2016 in Aussicht gestellt und bekam dafür auch kräftigen Rückenwind im Wahlkampf vom dbb. Später bei Übernahme der beiden für dieses Vorhaben wichtigen Häuser, dem Ministerium für Inneres und Sport sowie dem Finanzministerium, wurde dieses in einer Form umgesetzt, wie es die wählenden Beamten vor der Wahl wohl nicht verstanden hatten. Man hüte sich vor Leuten, die Dinge versprechen, die dann nach dem Wahlkampf nicht einzuhalten sind!

Wir als SPD können auch für die kommende Wahlperiode kein „echtes Weihnachtsgeld“ in Form einer vollständigen Wiederherstellung der alten Verhältnisse versprechen, eine merkliche Erhöhung sehr wohl. Für deutlich wichtigere Meilensteine – im Sinne der Beschäftigten in der Polizei – halten wir die Anhebung der Polizeizulage auf das Niveau der Bundespolizei mit einer ruhegehaltstfähigen Ausgestaltung. Zudem muss die Berücksichtigung besonders belastender

Dienste weiter ausgebaut werden. Deshalb werden wir die Erschwerniszulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, insbesondere an Sonn- und Feiertagen, nach dem Beispiel der Bundespolizei weiterentwickeln und erhöhen.



Die Linke vertritt die Position, dass dem drohenden Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst nur mit einer attraktiven Besoldung entgegengetreten werden kann. Für uns hat somit der Verfassungsgrundsatz der Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse oberste Priorität.

Deshalb steht Die Linke für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes (TV-L). Aufseiten der Beamtinnen und Beamten erfordert dies neben der geforderten zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses eine jährliche Sonderzahlung, die ihrer Höhe nach vergleichbar zur Jahressonderzahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist.

Entsprechend hat Die Linke bei der Novellierung des Landesbesoldungs- und -versorgungsgesetzes im Jahr 2019 einen Änderungsantrag (Drs. 7/4819) gestellt, der die Jahressonderzahlung ab 2019 um jährlich 200 Euro erhöhen sollte, bis Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen A 4 bis A 8 95 Prozent und für die übrigen Beamtinnen und Beamten 75 Prozent der monatlichen Besoldung erreicht haben. Die Linke wird sich auch künftig dafür einsetzen, dass sich die Jahressonderzahlung für die Bediensteten der Lan-

despolizei analog den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst wieder zu einem sinn gemäß „echten Weihnachtsgeld“ entwickelt.



Die Koalition hat in dieser Legislaturperiode unter grüner Beteiligung die Jahressonderzahlung wieder eingeführt.

Uns ist bewusst, dass diese noch deutlich hinter dem von Ihnen geforderten Weihnachtsgeld zurückbleibt. Die Forderung nach einer Anhebung ist für unsere Fraktion daher gut nachvollziehbar. Wir unterstützen diese grundsätzlich. Unter Beachtung der haushalterischen Möglichkeiten des Landes wollen wir deshalb die Einführung eines Weihnachtsgeldes für alle Landesbediensteten in der kommenden Legislatur prüfen.



Die AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich mit vielfältigen parlamentarischen Initiativen für die sozialen Interessen der Landesbediensteten im Allgemeinen und der Polizei und Feuerwehr im Besonderen eingesetzt.

So haben wir im April 2018 Änderungsanträge zum Regierungsentwurf des Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften in die Ausschüsse und ins Plenum des Landtags eingebracht (Drs. 7/2747 und 7/2748). Damit wollten wir die Erschwerniszulagen für das MEK, verdeckte Ermittler, Personenschützer und Polizeivollzugsbeamte in Spezialkommandos für besondere polizeiliche Einsätze mit monatlichen Zulagen von 225 Euro beziehungsweise 450

Euro verbessern sowie die Urlaubsansprüche von Polizisten in Spezialeinsatzkommandos gestaffelt um bis zu zwei Urlaubstage im Jahr aufstocken. Inhaltlich haben wir den Antrag zur Erhöhung der Zulagen in die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2020/2021 erneut eingebracht.

Ebenfalls im April 2018 wollten wir mit der Änderung des Regierungsentwurfes des Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften eine jährliche Sonderzahlung für Anwärter (200 Euro), Besoldungsgruppen A 4 bis A 8 (600 Euro) und die übrigen Besoldungsgruppen (400 Euro) erreichen. Zudem wurde ein zweimal jährlich auszuzahlender Familienzuschuss in Höhe von 97 Euro für jedes Kind beantragt.

Für die Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes haben wir eine Ruhestandsregelung für den Ablauf des Monats der Vollendung des 62. Lebensjahres nach mindestens sieben Jahren gefordert. Alle diese Anträge wurden von der Regierungskoalition aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt!

An unseren Anträgen im Landtag wird mehr als deutlich, dass wir jeder finanziellen Verbesserung der Lage der Polizisten und Feuerwehrleute in Sachsen-Anhalt positiv gegenüberstehen. Das gilt auch für die Forderung zur Rückkehr zu einem „echten Weihnachtsgeld“.